



Mehr als 6.000 Beamtinnen und Beamte in Hamburg haben am 26. Oktober gegen den Einkommensklau in Form der Weihnachtsgeldkürzung bzw. -streichung demonstriert.

In allen großen Städten Deutschlands und in der ganzen Welt besetzt die Occupy-Bewegung öffentliche Plätze im Protest gegen Kreditinstitute wochenlang. Proteste junger Menschen gegen mangelhafte und zu teure Bildung, Arbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven in Madrid, London, Santiago de Chile und überall in der Welt lassen nicht nach. In Hamburg ergreifen die Proteste gegen Wohnungsmangel und zu hohe Mieten, gegen Gentrifizierung immer weitere Bevölkerungsschichten.

Was hat das alles miteinander zu tun?

Es ist der Protest gegen eine Entwicklungslogik, die durch den neoliberalen Siegeszug der zurückliegenden Jahrzehnte angefacht wurde. Die herrschende Politik hat zu sinkenden Realeinkommen geführt, durch die Steuergeschenke an Vermögende und große Unternehmen erfolgte eine Umverteilung von unten nach oben mit der Folge der Deregulierung der Finanzmärkte, die wiederum das gesamte System nachhaltig erschüttert hat. Und sie hat die öffentlichen Haushalte arm gemacht, mit allen negativen Folgen für Wohnen, Gesundheit, Bildung, Soziales und Infrastruktur.

Gerade angesichts des massi-

ven Vertrauensverlustes in staatliche Institutionen und Parteien wagt es diese Hamburger Regierung, ihren Beamtinnen und Beamten das Gehalt zu kürzen!

Seit Jahrzehnten steht der öffentliche Dienst massiv unter Druck. Eine Kürzungsrunde folgt der nächsten. Personal wird abgebaut, mit gravierenden Folgen für die Qualität und die Menge der öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Betreuung und Bildung behinderter Kinder an den Schulen, die Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten Stadtteilen und Familien, die mangelhaften Chancen auf einen Ausbildungsplatz für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die massiv gestiegene Belastung der Pädagoginnen und Pädagogen – all dies sind die Folgen davon, dass der öffentliche Dienst systematisch reduziert wird.

Hier zeigt sich wieder: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!

Keine dieser Kürzungsrunden hat zur Haushaltskonsolidierung

Klaus Bullan

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

geführt oder wird dazu führen, im Gegenteil, der Schuldenstand steigt und steigt. Es ist also eine Lüge zu behaupten, mit Einkommensverzicht sei der Haushalt ins Lot zu bringen.

Nur wenn diejenigen, die es sich leisten können, anständig zur Finanzierung der öffentlichen Belange herangezogen werden, ist Licht am Ende des Tunnels zu erkennen.

- Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für höhere Einkommen, Erhöhung der Steuern auf hohe Erbschaften, Wiedereinführung der Vermögens-

steuer

- eine Steuer auf das Handeln mit Finanzprodukten und
- eine effektive Steuererhebung würde auch in Hamburg Milliardenbeträge in die Kassen spülen.

Jetzt soll auf einmal die Schuldenbremse helfen.

Diejenigen, die zuerst die öffentlichen Haushalte in Schiefelage gebracht haben, weil sie durch Steuererleichterungen und Deregulierung leichtfertig auf Einnahmen verzichtet haben, jammern jetzt, eine Schuldenbremse müsse her, um das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen. Wieder mal sollen also die kleinen Leute, in diesem Fall die Beamtinnen und Beamten und ihre Familien, herhalten für eine verfehltete Politik.

Schuldenbremse heißt in Hamburg konkret, dass wir vor der Wahl stehen, entweder Realeinkommensverluste im öffentlichen Dienst für die nächsten 9 Jahre hinzunehmen oder massiven Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Das Geld ist da, es ist nur woanders!

Der Diebstahl eines Teils unseres Einkommen ist kein Kavaliärsdelikt, sondern eine Kampfansage an die Beamtinnen und Beamten in dieser Stadt, an ihre Familien und an die Gewerkschaften!

Hamburg will ordentlich regiert werden, da hat Olaf Scholz Recht – aber das geht nur, wenn wir gemeinsam den Widerstand gegen Personalabbau, Einkommensabsenkungen und Kürzungen im Sozialstaat verstärken!